

**Wortprotokoll 16. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2019/2023
21. Legislaturperiode**

**Donnerstag, 8. Juli 2021, 19.00 Uhr
im evangelischen Kirchgemeindehaus, Kreuzlingen**

Anwesend	37 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Dufner, GR F. Herzog, GR Wittgen
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	GRP Osman Dogru
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Stefanie Frey

Traktanden

Einbürgerungen gemäss Beilage

1. Gruber geb. Kuiper, Yu Cha
2. Imeraj, Liridon
3. Özdogan, Onur
4. Sorba, Giuseppina
5. Tobler, Simon (Schweizerbürger)
6. Muhamad, Mshier / Adam, Golbahar - Ablehnung

Botschaften

7. Genehmigung der Baurechtsverträge
 - a. Stiftung Rosenegg
 - b. Stiftung Seemuseum (Kornschütte)
 - c. Stiftung Seemuseum (Waschhaus)
 - d. Stiftung Bodensee Planetarium und Sternwarte

8. Kreditbegehren in Höhe von CHF 350'000.– für die vertiefte Kostenberechnung der baulichen Massnahmen (+/- 10 %) sowie die Erstellung eines Betriebskonzepts und eines Businessplans für die künftige Nutzung und den Betrieb der Bodensee-Arena
Gemeinderätin Barbara Hummel befindet sich im Ausstand

Motionen

- 8.1. Motion Digitaler Gemeinderat / Begründung

Postulate

9. Postulat Information der Bevölkerung über Gepflogenheiten und Regelungen des täglichen Zusammenlebens in Kreuzlingen / Stellungnahme

Verschiedenes

10. Verschiedenes

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Der Ratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, lieber Herr Stadtpräsident, liebe Gäste, liebe Medien, ich heisse Sie herzlich willkommen zur heutigen Gemeinderatssitzung im Saal der evangelischen Kirche. Das Büro hat in seiner letzten Bürositzung einstimmig beschlossen, dass man während des Redens die Maske abziehen darf.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste mit der Anpassung gemäss Tischvorlage zur Diskussion. Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen zu den Traktanden 1 bis 5 vor. Bitte stehen Sie kurz auf, wenn Ihr Name aufgerufen wird

1. Gruber geb. Kuiper, Yu Cha

Entscheid

Gruber geb. Kuiper, Yu Cha wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

2. Imeraj, Liridon

Entscheid

Imeraj, Liridon wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Özdogan, Onur

Entscheid

Özdogan, Onur wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Sorba, Giuseppina

Entscheid

Sorba, Giuseppina wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Tobler, Simon (Schweizerbürger)

Entscheid

Tobler, Simon (Schweizerbürger) wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

6. Muhamad, Mshier / Adam, Golbahar - Ablehnung

Der Ratspräsident: Das Einbürgerungsgesuch wird von der Einbürgerungskommission zur Ablehnung empfohlen. Wird eine Diskussion gewünscht? Jost Rüegg wünscht eine Diskussion. Die Diskussion wird am Ende der Gemeinderatssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Entscheid

Muhamad, Mshier / Adam, Golbahar wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen nicht erteilt.

Botschaften

7. Genehmigung der Baurechtsverträge
 - a. Stiftung Rosenegg
 - b. Stiftung Seemuseum (Kornschütte)
 - c. Stiftung Seemuseum (Waschhaus)
 - d. Stiftung Bodensee Planetarium und Sternwarte

Eintreten ist unbestritten.

GR Andreas Hebeisen: Wir waren am 16. Juni in der Bodensee-Arena, da ging es aber nicht um diese, sondern um die Stiftungen Rosenegg, Seemuseum, Sternwarte und Planetarium. Anwesend waren Stadträtin Dorena Raggenbass und RA Rolf Bickel, der die Baurechtsverträge ausgearbeitet hat. Aus der Botschaft möchte ich nichts wiederholen. Vielleicht einfach Folgendes: Den Baurechtsverträgen liegen immer die Verträge zugrunde, welche die Stadt hat, da sind ganz bestimmte Klauseln immer gleich, und man weicht nur dort ab, wo es besonderen Regelungsbedarf gibt. Bisher hatten die drei Stiftungen uneinheitliche Verträge und sollen jetzt einheitliche erhalten, was den Baurechtszins, die Dauer des Baurechts und den Heimfall anbelangt. Der Heimfall, das habt ihr inzwischen wahrscheinlich auch herausgefunden, ist, was passiert, wenn das Baurecht endet. Entweder nach Ablauf der Dauer oder aus ausserordentlichen Gründen. Beim Planetarium wurde zusätzlich die Baurechtsfläche von 2'129 auf 2'547 m² erweitert. Das finden Sie auf den beiden Tischvorlagen. Es sind zwei Tischvorlagen; einerseits der Plan. Der Plan, den ihr vor euch habt, ist der Plan, der in den Baurechtsvertrag kommt. Hier war in der Botschaft ein bisschen ein Durcheinander. Man wollte der Botschaft eigentlich zwei Pläne beilegen. Einerseits diesen und andererseits jenen, aus dem ersichtlich ist, wie man zu dem kam, was auf dem Plan drauf ist. Das ist nun der definitive Plan. Diskutiert wurde insbesondere über zwei Punkte. In allen vier

Baurechtsverträgen – es sind vier, weil es für das Seemuseum zwei sind – seht ihr in Ziffer 6 im 2. Absatz "Die Baurechtsgeberin erlässt den Baurechtszins." Hier wurde vorgebracht, die Zeiten können sich ändern und was jetzt vielleicht sinnvoll sein könnte, könnte vielleicht in 45 Jahren nicht mehr sinnvoll sein. Man könnte es auch in der Leistungsvereinbarung regeln. Dort fand man dann, das sei etwas zu kurzfristig. Die Kommission fand dann einen Kompromissvorschlag. Das sollte eine weitere Tischvorlage sein. Das kommt in Ziffer 6 in sämtlichen Verträgen, was ihr auf dieser Tischvorlage seht. "Die Baurechtsgeberin verzichtet unpräjudiziell und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht bis auf Weiteres auf die Geltendmachung des Baurechtszinses." Wenn jemand nicht weiss, was unpräjudiziell heisst, möge er bitte die Hand aufhalten. Das wissen alle. Das gibt eine flexible Grundlage, das heisst, so kann man in einem Jahr, in zehn Jahren, in 59 Jahren vielleicht doch nochmals auf die Idee zurückkommen, dass man keinen Baurechtszins verlangen will. Diskutiert wurde auch über die Dauer, diese geht bis zum 31. Dezember 2090, was schlappe 69 Jährchen ergibt. Hier wurde gefragt, warum das so lange sein müsse. Dafür wurden zwei Gründe vorgebracht. Einerseits ein Zweckgrund seitens der Stadträtin, dass man damit auch die langfristige Zweckerfüllung zum Ausdruck bringen wolle, also den Willen der Stadt, dass man dort unten auf lange Sicht hinaus ein Museum haben wolle, oben ein Planetarium oder in der Mitte ein Rosenegg. Von der finanztechnischen Seite her wurden wir von unserem Mitglied René Knöpfli auch noch darüber orientiert, dass es für die Fremdfinanzierung – diese Museen haben natürlich auch Fremdfinanzierungen, sie werden nicht nur von der Stadt gepowert – sinnvoll und nützlich sei, wenn man eine möglichst lange Baurechtsdauer hat, insbesondere auch wegen der Amortisation.

Die SP/GEW/JUSO-Fraktion steht voll hinter dieser Botschaft und ist auch der Meinung, dass die Baurechtsdauer eigentlich nicht zu kritisieren ist, denn es werden sowieso langfristige Projekte sein, und die Museen werden sowieso von der Unterstützung der Stadt abhängig sein, sodass dass gar keine so entscheidende Rolle spielt. Hingegen sind wir auch einverstanden damit, dass man den Baurechtszins ein bisschen flexibilisiert. Corona hat es gezeigt, die Zeiten können sich ändern und viel, was man heute noch für unmöglich hält, ist vielleicht in 60 Jahren nicht mehr so unmöglich. Deshalb ist es sicher richtig, wenn man das mit dem Baurechtszins und dem Erlass nicht in Stein meisselt.

GR Knöpfli: Die FDP/CVP/EVP-Fraktion findet Gefallen an dieser Botschaft zur Überarbeitung der Baurechtsverträge, die uns vorliegt, so viel kann ich vorwegnehmen. So richtig gleichgeschaltet sind die Baurechtsverträge auch nach diesen Anpassungen nicht, sollen sie aber auch nicht sein, weil, wir haben es gehört, die Ausgangslage bei jedem ein bisschen anders war, insbesondere was den Heimfall betrifft. Und es soll auch so sein, dass die Verträge dahingehend abweichend. Der Wunsch zur Anpassung kam von den drei Baurechtsnehmern, sie sind zufrieden mit den vorliegenden Entwürfen – und wir auch. Erst recht, wenn der Verzicht auf Baurechtszinsen nicht in alle Ewigkeit im Baurechtsvertrag fixiert ist, sondern wie die Tischvorlage besagt, bis auf Weiteres gültig ist. Niemand weiss, wie sich die Welt in ferner Zukunft zeigt. Wenn man den Verzicht fix in diese Verträge aufnehmen würde, könnte man auch nur noch im gegenseitigen Einverständnis aller Beteiligten oder nur via Rechtsanwalt – und das muss nicht zwingend sein – dies ändern. Die FDP/CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Botschaft inklusive Tischvorlagen einstimmig.

GR Neuweiler: Die SVP-Fraktion ist auch einstimmig für diese Botschaft inklusive Tischvorlagen. Diskussion bei uns: Gehört der Erlass des Baurechtszinses wirklich in den Baurechtsvertrag? Wir sind der Meinung Nein, sondern in die Leistungsvereinbarung. Der Kompromiss, der uns als Tischvorlage von der AuA vorliegt, ist für uns Okay so. Diskutiert wurde auch die Dauer des Baurechts. Dazu hat der Kommissionspräsident bereits alles gesagt, darauf möchte ich nicht weiter eingehen. Wichtig für unsere Fraktion wäre, dass die erlassenen Baurechtszinsen analog der subventionierten Mieten zukünftig auch in der Rechnung aufgeführt werden. Gemäss SR Raggenbass wird das so geschehen und ich hoffe, es ist dann auch so.

GR Merk: Allzu viel Neues gibt es aus unserer Sicht dazu nicht mehr zu sagen. Unsere Fraktion hat Anfang Woche darüber beraten, wie wir zur Vereinheitlichung dieser Baurechtsverträge der Stiftungen Rosenegg, Seemuseum sowie Bodensee Planetarium und Sternwarte stehen. Auf Wunsch der Stiftungspräsidenten wurden die Baurechtsverträge der Museen sinnvollerweise vereinheitlicht und aus unserer Sicht macht es auch absolut Sinn, die Baurechtsverträge auf eine lange Zeit hinaus bis 2090 festzulegen. Die bestehenden Verträge laufen übrigens auch über eine Zeitdauer von 60-100 Jahren. Die Kreuzlinger Museen brauchen eine Sicherheit und müssen längerfristig planen können. Mit der noch nachgereichten Formulierung, dass die Stadt bis auf Weiteres auf den Baurechtszins verzichtet, sind wir einverstanden. Somit wäre es wirklich möglich, zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls einen Baurechtszins zu vereinbaren, wenn sich die Situation total ändern sollte. Die FL/G-Fraktion wird den Antrag, die vier Baurechtsverträge zu genehmigen, einstimmig unterstützen.

Materielle Beratung – keine Wortmeldungen

Rückkommen

GR Salzmann: Ich möchte nochmals auf die Tischvorlage zurückkommen mit dem Baurechtszins, der da unten so blau markiert ist. Ich finde es super, wie das läuft, das ist hervorragend. Ich möchte aber noch zusätzlich beliebt machen, dass man generell für alle Baurechtsverträge die Subventionen, die durch den Verzicht auf Baurechtszinsen ausgeschüttet werden, transparent in die Rechnung aufnimmt. Eben im Sinn der Transparenz und im Sinn der Vergleichbarkeit der verschiedenen Subventionsempfänger unserer Stadt.

Abstimmung

- a. Der Baurechtsvertrag mit der Stiftung Rosenegg wird einstimmig genehmigt.
 - b. Der Baurechtsvertrag mit der Stiftung Seemuseum (Kornschütte) wird einstimmig genehmigt.
 - c. Der Baurechtsvertrag mit der Stiftung Seemuseum (Waschhaus) wird einstimmig genehmigt.
 - d. Der Baurechtsvertrag mit der Stiftung Bodensee Planetarium und Sternwarte wird einstimmig genehmigt.
8. Kreditbegehren in Höhe von CHF 350'000.– für die vertiefte Kostenberechnung der baulichen Massnahmen (+/- 10 %) sowie die Erstellung eines Betriebskonzepts und eines Businessplans für die künftige Nutzung und den Betrieb der Bodensee-Arena
Gemeinderätin Barbara Hummel befindet sich im Ausstand

GR Hummel: Ich werde in den Ausstand treten.

Eintreten ist unbestritten.

GR Brändli: Diese Botschaft betreffend Kreditbegehren soll ein weiterer Mosaikstein sein, um das Ziel der Strategie, welche der Verwaltungsrat der Bodensee-Arena und der Stadtrat Kreuzlingen ausgearbeitet haben, nämlich Mischnutzung Sport und Events, weiterhin zu ermöglichen und zu erreichen. (Zitat Beilage 4, Seite 3). Alle aufgezeigten Investitionen verfolgen in der Strategie das definierte Ziel. "Wir bauen gemeinsam die mittel- bis langfristige Zukunft der Bodensee-Arena auf und sorgen für eine betrieblich wie auch finanziell tragbare Lösung für die Stadt Kreuzlingen. Ein weiteres Zitat aus Beilage 4, Seite 5. Persönlich denke ich, das sind die Eckpfeiler der Botschaft und das sind auch die Eckpfeiler für die Zukunft der Bodensee-Arena. Anlässlich der GKS-Kommissionssitzung am 22. Juni hat SR Dorena Raggenbass über den Analyseprozess berichtet. Man weiss jetzt, welche Schwerpunkte man setzen will und auch setzen muss, welche betrieblichen Abläufe durch welche zusätzlichen Infrastrukturmassnahmen ergänzt werden müssen – und dafür benötigt man diesen Planungskredit. Abteilungsleiter Ruedi Wolfender fasste anschliessend die bisherige Entwicklung zusammen und legte sie uns dar.

Wichtig zu wissen: Der Baurechtsvertrag läuft bis 2054, die Aktiengesellschaft ist zu 100 % im Besitz der Stadt Kreuzlingen. Die Zusammenarbeit der Stadt mit der Geschäftsleitung ist gemäss Ruedi Wolfender sehr gut. Stadtrat und Verwaltungsrat wollen weiterhin eine Mischnutzung Sport und Events aufrechterhalten und die entsprechenden Massnahmen generieren. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit Stadt, Bodensee-Arena mit den G2-Architekten, vertreten durch Günter Graner, wurde ein neues Gesamtkonzept erstellt und neue Garderoben, neue Räume nach aktuellen Brandschutzvorgaben und der Vorgabe der barrierefreien Zugänglichkeit konzipiert. Dies natürlich auch wieder nach Vorgaben des Eishockey-Verbands und des Bundesamts für Sport (BASPO) und natürlich nach vielen anderen Vorgaben von Vereinigungen. Das Ziel der Machbarkeitsstudie ist, aufgrund des Raumprogramms eine Gesamtschau zu machen und Prioritäten zu setzen. Ausgeklammert sind Massnahmen, um den aktuellen Betrieb aufrechtzuerhalten, wo jetzt rund CHF 270'000 für Brandschutzmassnahmen aufgewendet werden müssen.

Priorität 1: Garderobeneinbau und Lager im Erdgeschoss.

Priorität 2: Entrée plus Dualität, das heisst Doppelbelegung durch voneinander unabhängige Veranstaltungen, die drinnen wie draussen parallel stattfinden können.

Priorität 3: Schülerversorgung mit zwei multifunktionellen Räumen.

Priorität 4: Gruppenunterkunft, was aber nicht militärisch gemeint ist.

Der Planungskredit gilt als Entscheidungsgrundlage. Eine Volksabstimmung wird auf jeden Fall unumgänglich sein. Planungstätigkeit, Betriebskonzept und Finanzplanerstellung erfolgen in gemeinsamer Zusammenarbeit des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung der Bodensee-Arena mit der Stadt Kreuzlingen. Die Vorlage könnte respektive müsste im September 2022 dem Stimmvolk von Kreuzlingen vorgelegt werden. Baustart wäre dann ca. 2023. So die Ausführungen von Ruedi Wolfender in der Kommissionssitzung. Verwaltungsratspräsident Matthias Möllenev erwähnte noch, dass man nicht davon ausgeht, dass das Schweizer Fernsehen erneut in die Bodensee-Arena zurückkommt. Momentan braucht es für Anlässe ab 300 Personen eine Ausnahmegenehmigung des Kantons Thurgau. Anfragen für diverse Anlässe sind deponiert. Daher ist aus Sicht des Präsidenten des Verwaltungsrats die zukünftige Mischnutzung extrem wichtig.

In der materiellen Beratung während der Kommissionssitzung tauchten viele Fragen auf, und Kolleginnen und Kollegen äusserten sich zur Botschaft. Zum Beispiel das Risiko, mit einem Kredit von doch CHF 9 Mio. beim Volk nicht durchzukommen, wird im Moment als sehr hoch erachtet. Des Weiteren auch die Höhe dieser CHF 350'000 für den Planungskredit wurde infrage gestellt. Braucht es das? Geht das nicht günstiger, respektive kann man den Planungskredit nicht reduzieren? Gehören alle Teile davon überhaupt in diesen Planungskredit hinein oder gehören diese an anderen Stellen eingetragen? Weiter kam auch die Frage auf, wer die Verantwortung dafür übernimmt, wenn die Berechnung der Aufwendungen nicht stimmen, also falsch sind, wer dann dafür haftet. Sind das die Planer oder schlussendlich wir? Es wurde aber auch bestätigt, dass das Raumprogramm (Beilage 5) eingeflossen ist, dass also Pläne und Raumprogramm kongruent sind. Durch ein Kommissionsmitglied wurde bemängelt, dass Businessplan und Betriebskonzept nicht durch den Verwaltungsrat selber erarbeitet werden, dass sie nur daran beteiligt sind. Der Verwaltungsrat ist der Meinung, dass es auch wichtig ist, eine Aussenansicht von einer externen Person zu haben. Weiter bestand auch keine Klarheit betreffend Überschneidung von Fachplanern. Machen zwei dasselbe, wie wird das aufgetrennt? Da konnte uns Ruedi Wolfender aufzeigen, dass das nicht der Fall sein sollte. Die vielen Fragen der Kommissionsmitglieder konnten zum Teil zufriedenstellend beantwortet werden. Bei einem Teil der Kommissionsmitglieder blieb aber trotzdem eine gewisse Skepsis hängen. Man ist sich aber einig, dass die Bodensee-Arena zur Stadt gehört, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bodensee-Arena gute Arbeit leisten und man ihnen die notwendigen Mittel zukommen lassen möchte. Die Kommission GKS ist sich einig, dass es jetzt eine gewisse Vorleistung braucht. Im Anschluss daran muss eine aussagekräftige Botschaft für das Kreuzlinger Stimmvolk ausgearbeitet werden, damit auch die Kreuzlinger Bevölkerung bei dieser sehr wichtigen Abstimmung im Herbst 2022 weiterhin hinter dem Fortbestand der Bodensee-Arena steht. Die Kommission GKS hat das Kreditbegehren mit 8 Ja gegen 1 Nein klar und deutlich genehmigt.

GR Raschle: Über diese Botschaft wurde in der FDP/CVP/EVP-Fraktion sehr intensiv beraten und diskutiert. Während Jahren war die Bodensee-Arena ein Dauerthema im Gemeinderat, und wir geben heute wieder einen Anlass, dass sie wieder zum präsenten Thema wird oder werden kann. Wir können jetzt eine positive oder eine negative Wahrnehmung in der Bevölkerung beeinflussen. Mit 7 Ja, 4 Enthaltungen und 1 Nein war die Stimmung bei uns in der Fraktion nicht ablehnend, aber auch nicht euphorisch. Die kritischen Voten in der Fraktion bemängelten, dass die Botschaft zu wenig griffig und aussagekräftig aufgestellt ist, dass die bestehende Faktenlage genügen würde, um einen Vorentscheid zu fällen und das Betriebskonzept festlegen zu können. Den Weg Richtung Sporthalle oder Sport- und Eventhalle können wir jetzt schon definieren. Die Fraktion äussert sich auch klar, dass wir vom Stadtrat erwarten, dass er den Lead übernimmt, wenn es um die Strategieentwicklung geht, dass er externe, neutrale Berater bezieht, die ihn unterstützen. Denn es gibt keinen Verwaltungsrat oder keine Verwaltung, die zuerst am eigenen Stuhl sägt. In der Fraktion bestehen Befürchtungen, dass mit der Botschaft bereits Vorentscheidungen gefällt werden. Überlegungen, sich nur noch auf den Sportbereich zu beschränken, lassen die Frage aufkommen, ob die Gesellschaftsform, wie sie jetzt ist, noch richtig ist und ob es diese noch braucht oder ob es die AG nicht mehr braucht und die Bodensee-Arena wieder zu einem städtischen Betrieb werden kann. Die Mehrheit in der Fraktion ist jedoch der Meinung, dass es jetzt nötig ist, genaue Abklärungen zu tätigen und eine Faktenlage zu schaffen, die es ermöglicht, das künftige Betriebskonzept und den Businessplan zu erstellen und so die nötigen Mittel zu erhalten, damit man den Kostenrahmen erfassen kann, damit man für eine Volksbotschaft eine ehrliche, entpolitisierte, positive Stimmung erreichen kann. Für eine Ablehnung der Botschaft fehlt eine Alternative. Es besteht absolut kein Plan B, wie es weitergehen könnte, es sei denn die Verarztung mit der Autoapotheke, das heisst Budgetpflasterlipolitik oder flicken. Eine Rückweisung könnte der eine oder andere unserer Fraktion noch mitunterstützen. Die Ziele der Rückweisung müssten mit dem Rückweisungsantrag aber genau definiert werden. Aber auch mit einer Rückweisung wird kein Weg daran vorbeiführen, dass man Entscheidungsgrundlagen schaffen muss. Und das wäre jetzt die Botschaft.

GR R. Herzog: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion hat sich intensiv und auch kontrovers mit der Thematik der Bodensee-Arena auseinandergesetzt. Die Bodensee-Arena ist in die Jahre gekommen, das wissen wir alle, man sieht es auch. Die Anforderungen im Eventbereich und im Sportbereich haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten massiv verändert. Mindestens so massiv verändert haben sich auch die gesetzlichen Vorgaben, Stichwort Brandschutz und so weiter. Das ist ein Wort, welches wir in letzter Zeit hier drin sehr oft gehört haben. In den letzten Jahren musste man auch immer wieder beträchtliche Summen in die Bodensee-Arena investieren. Mit den jährlichen Budgets wurden nötige Erneuerungen, Sanierungen und so weiter immer wieder bewilligt. Unsere Fraktion begrüsst es sehr, dass jetzt eine Auslegeordnung erstellt wurde, welche zum vorliegenden Kreditbegehren geführt hat. Der Gemeinderat und in sehr vielen Fällen wahrscheinlich auch das Volk werden in den nächsten Jahren über gewichtige Fragen im Zusammenhang mit der Bodensee-Arena entscheiden müssen. Damit Entscheidungen hier im Rat oder dann auch vor dem Volk seriös vorbereitet und gefällt werden können, ist es unabdingbar, dass eine fundierte Planungsgrundlage vorliegt. Genau diesen Zweck verfolgt der Kreditantrag, den wir aktuell vorliegen haben. Was muss investiert werden? Was erhalten wir für welche Investitionen? Was ist in der Bodensee-Arena bei welcher Investitionssumme später möglich oder nicht möglich? Was ist dringend, was ist nice to have? Das sind Fragen, die geklärt werden müssen, und dafür ist eine seriöse Grundlage notwendig. Wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse der baulichen, technischen und betrieblichen Untersuchungen, die aus dem Kreditbegehren von CHF 350'000 erwachsen werden, und die Planungen in der ganzen Bandbreite der möglichen weiteren Entwicklung, Funktion und Nutzung der Bodensee-Arena aufgezeigt werden können. Im Moment kann man darüber nur spekulieren. Eine seriöse Grundlage haben wir nicht. Gestützt auf die dereinst vorliegenden Ergebnisse wird dann zu entscheiden sein, in einem Schritt, vielleicht auch in mehreren Schritten. Wir haben vorhin die Priorisierung gehört, wie es mit der Bodensee-Arena weitergeht. Aus all diesen Gründen sind wir der festen Überzeugung, dass dieser Kreditantrag gerechtfertigt und nötig ist, um seriös weiterplanen und zu gegebener Zeit entscheiden zu können. Unsere Fraktion wird dem Kreditantrag deshalb zustimmen.

GR Schulthess: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Bodensee-Arena Mittel erhalten soll, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, grössere Veranstaltungen zu machen und wirtschaften zu können. Die Fraktion ist sehr erfreut darüber, dass Prioritätensetzungen bezüglich der Ausbauschritte stattgefunden haben, denn es besteht ein gewisses Risiko, dass ein Kredit über CHF 9 Mio. vor dem Volk möglicherweise scheitern wird. Dann würde auch der Planungskredit hinfällig werden. Was den Kredit selber anbelangt, sind wir der Meinung, dass es sich eher um einen etwas hohen Kredit handelt. Es sind diverse Positionen drin, wo man gewisse Doppelspurigkeiten vermuten könnte, wo wir aber auch finden, sie gehören eigentlich nicht hinein, sie gehören in ein Betriebsbudget. Die Kritik wurde also im Bereich Höhe des Kredits angebracht. Insgesamt wird die Fraktion dem Kreditbegehren zustimmen mit Ausnahme von mir. Ich bin konsequenterweise wie in der Kommissionssitzung der Meinung, dass das Planungsbudget ein bisschen hoch angesetzt ist. Ein Thema war auch, dass eine genauere Planung oftmals nicht die gewünschte Präzisierung oder eine Einhaltung der Bausumme bringt, sondern das Davonlaufen von Baukosten ist häufig ursächlich im Bereich äussere Einflüsse, die man nicht vorhersehen konnte, und diese sind in den Planungsarbeiten häufig nicht abzudecken.

GR Dahinden: "Es geht um wahnsinnig viel Geld", hat in der FL/G-Fraktion jemand gesagt, und es wurde wieder einmal bewusst, wie kostspielig Infrastrukturen generell sind. Die vorliegende Botschaft zwingt uns und die Kreuzlinger Bevölkerung in nächster Zeit zu einer ganz klaren Antwort auf die Frage: Leisten wir uns diese multifunktionale Bodensee-Arena weiterhin, wie wir auch den Fussballspielenden Plätze und Einrichtungen und den Wasserratten ein zeitgemässes Schwimmbad und ein neues gedecktes Freizeit- und Erlebnisbad bieten? Wir werden also heute um einen Kredit gebeten, der gleichzeitig in Richtung einer Schicksalsfrage geht und der uns zur Beantwortung dieser Frage genaue, präzise Entscheidungsgrundlagen liefern soll. An so einen grossen Kredit muss man auch gewisse Erwartungen stellen. Wir hätten gern eine vertiefte Analyse, die sehr breit erfolgen muss und sich auch kritisch und selbstkritisch unangenehmen Fragen stellt wie zum Beispiel, ob das Konstrukt der Bodensee-Arena auch für die Zukunft die optimale Organisationsform ist. Wie sehen Varianten und alternative Möglichkeiten für die Zukunft aus? Gemeint sind alle denkbaren Szenarien vom Ausbau über die Umwandlung, Vermietung, Verkleinerung bis hin zum Rückbau. Was für Konsequenzen ergeben sich aus all diesen Denkmöglichkeiten? Darauf hätten wir ebenfalls gern eine Antwort oder mindestens mögliche Szenarien. Das heisst, der Auftrag zu dieser Analyse muss ziemlich präzise gestellt sein und genaue Vorgaben enthalten. Die FL/G-Fraktion knüpft ihre Zustimmung zum Kredit an eine Bedingung. Wir werden später beantragen, dass die Federführung bei der Analyse und den Abklärungen bei der Stadt liegt, in enger Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat und nicht umgekehrt. Das heisst, der Stadtrat soll grundsätzlich den Lead haben, der Verwaltungsrat liefert den Businessplan. Der entsprechende Antrag wird bei der materiellen Beratung unter Punkt 5 von uns gestellt und begründet werden. Wenn diese Bedingung erfüllt ist, wird die FL/G-Fraktion dem Kreditbegehren einstimmig zustimmen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

GR Salzmänn: Ich habe eine Frage zu Kapitel 5 Weiteres Vorgehen. Wir haben heute viel von einer Volksabstimmung gesprochen. Dieses Wort findet sich in der Botschaft aber nicht. Nach dem Verbrauch des Planungskredits und des damit einhergehenden Erkenntnisgewinns sollen die Arbeiten in die vier Module unterschiedlicher Priorität aufgeteilt werden. Der Kommissionspräsident hat es erläutert. Im Finanzplan sind immer Tranchen von CHF 1.5 Mio. für die Bodensee-Arena enthalten; also immer gerade so viel, dass man es nicht vors Volk bringen muss. Der Kommissionspräsident hat gesagt, eine Volksabstimmung sei unumgänglich. Ebenso liess der Stadtpräsident sich in der Kreuzlinger Zeitung am letzten Freitag zitieren. Aber wie gesagt, in der Botschaft steht zu diesem Thema nichts. Deswegen eine Frage an den Stadtrat: Gibt es einen Volksentscheid über den gesamten Kredit der geschätzten CHF 8 - 9 Mio. oder wird beispielsweise Modul 1 mit CHF 1.9 Mio., dann Modul 2 mit CHF 1.9 Mio. gemacht und anschliessend vielleicht ein Volksentscheid für die Module 3 und 4? Ich möchte vermeiden, dass wir unnötig Geld in eine Bodensee-Arena hineinstecken, wenn das Volk allenfalls der Meinung ist, dass man die Bodensee-Arena in dieser Form vielleicht gar nicht mehr will. Deswegen möchte ich beliebt

machen, dass der erste Franken, der aus diesen Ausgaben erwächst, vors Volk kommt. Wie steht der Stadtrat dazu?

GR Brändli: GR Salzmann, das ist nicht ganz richtig. Seite 4 unter Punkt 5 Weiteres Vorgehen, Punkt 1: "Der Stadtrat wird das weitere Vorgehen dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen." Dort haben wir die Möglichkeit. Die Beilagen sind Bestandteil der Botschaft. Ich bitte, Beilage 4 bei den Terminen noch anzuschauen. Dort steht ganz klar: "Abstimmung Volksbotschaft September 2022". Es ist enthalten. Nicht so enthalten, wie du es gern hättest, ganz zuvorderst, dick unterstrichen und fünffach farbig dargestellt, aber es ist Bestandteil der Botschaft.

SR Raggenbass: Es ist so, dass die Kosten, die jetzt in der Planung tiefgerechnet werden sollen, das eine sind. Was aber dahinter steht und das wichtigste ist, sind die Nutzungen. Der Businessplan ist eigentlich fast das wichtigere der zwei angefragten Kreditbegehren. Im Nutzungs- und Businessplan wird man zeigen, was es bedeutet und welche Nutzungen jetzt schon stattfinden, in Zukunft stattfinden könnten und welche Kosten das für Infrastruktur auslöst, wenn wir diese Nutzungen in den vier vorgelegten Modulen wollen. Die Dringlichkeit für den Brandschutz muss ich wohl nicht mehr erwähnen. Ich glaube, das wissen wir alle. Darum haben wir beim Lead oder bei dem, was von der FL gefordert wird, natürlich immer eine enge Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat, der die strategischen Momente festlegen muss und Businessplan und Betriebskonzept erarbeitet, was ganz klar mit einer externen Firma Sinn macht. Das hat Matthias Möllene in der Kommissionssitzung noch einmal extra betont. Dort werden wir sehr tief in der Arbeitsgruppe mit dabei sein. Ob wir den Lead direkt übernehmen werden müssen, ob das mehr Sinn macht als die Zusammenarbeit, sei dahingestellt. Wir übernehmen immer gern einen Lead, das wisst ihr alle auch. Wir sind auch mit zwei Personen im Verwaltungsrat vertreten. So oder so sind wir schon tief in der Materie drin. Sobald Businessplan und Betriebskonzept stehen, werden sich auch die baulichen Massnahmen deutlicher abzeichnen, welche Notwendigkeit sie haben und welche in welchen zeitlichen Etappen dem Volk vorgelegt werden können. Wir alle wissen, das Volk will immer etwas Ganzes. Daher ist es auch sinnvoll, das Ganze zu berechnen und dem Volk vorlegen zu können. Das ist wichtig und dringlich, das machen wir zuerst. Vielleicht in einigen Jahresabschnitten könnte man die anderen baulichen Massnahmen nach der Berechnung, die wir jetzt machen, realisieren. Das macht es erst möglich, dem Volk eine Entscheidungsgrundlage darlegen zu können und nicht jetzt schon in dieser sehr ungewissen Tiefe, die wir jetzt haben mit der Machbarkeitsstudie etwas vorentscheiden zu können, wie die CVP es als Idee gebracht hat. Wir stehen hinter der Botschaft zum Planungskredit, die wir euch vorgelegt haben, um wirklich vertiefte Zahlen geben zu können, und das vor allem in der Nutzung, die in Zukunft weiterhin sein wird oder die ein Schwerpunkt sein könnte.

GR Wolfender: Wie angekündigt stellt die FL/G-Fraktion jetzt zu Punkt 5 einen Antrag. Und zwar, dass der Lead bei der Stadt liegt respektive beim Departement Gesellschaft und nicht beim Verwaltungsrat der Bodensee-Arena. Dieser kann gern intensiv mitarbeiten, aber für den Lead, haben wir das Gefühl, wäre die Stadt für uns zumindest transparenter. Wir haben das Gefühl, dass der Verwaltungsrat in dieser Abklärung und Prüfung nicht die notwendige Neutralität wahren kann. Wir sind der Meinung, dass das Departement Gesellschaft bereits sehr tief in der Materie drin ist und die Interessen der Stadt und ihrer Einwohner optimal vertreten kann. Somit ist auch gewährleistet, dass der ganze Prozess transparent und politisch überprüfbar ist. Seit der Überprüfung, die etwa vor einem Jahr angefangen hat, wo die Stadt mitinvolviert war, hören wir etwas, erhalten eine Zusammenfassung, bekommen eine Machbarkeitsstudie, was davor unserer Meinung nach eher dürftig war. **Deshalb stellen wir den Antrag, den Lead der Stadt zu übergeben und nicht dem Verwaltungsrat der Bodensee-Arena.**

GR Andreas Hebeisen: Ich möchte euch dringend bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Das einzige, was mich ärgert, dass wir nicht selber darauf gekommen sind. Es ist nicht nur sinnvoll, sondern es ist notwendig. Vielleicht gibt es hier im Raum auch Missverständnisse, weil man hier ein Fremdwort braucht, wo ich eigentlich nicht so genau weiss, was es bedeutet. Lead. Ich bin zwar sechs Jahre ins Englisch gegangen, aber was es in diesem Zusammenhang hier bedeuten soll, habe ich keine Ahnung. Wir müssen eine Verständnisprobe machen, ob wir darunter alle dasselbe verstehen. Für mich ist der Lead so einer wie Trump, der sagt, was man macht und die anderen arbeiten. Wenn es so gemeint ist, ist der Antrag der Freien richtig, nämlich der Stadtrat soll vorgeben, was untersucht wird, in welche Richtung es gehen soll und die operative Arbeit kann dann durchaus der Verwaltungsrat machen. Das

war das sinnvolle. Wenn ich sage, es ist notwendig – wir sprechen hier von CHF 350'000. Wir haben auch Stimmen gehört, die vermutlich zu Recht gesagt haben, es ist relativ viel Geld. Es soll aber auch viel Geld sein, damit wir am Schluss ein gescheites Ergebnis haben. Aber damit wir ein gescheites Ergebnis erhalten, muss die Stadt sagen, was sie erwartet. Und das habe ich jetzt in verschiedenen Voten gehört, das soll die ganze Palette sein. Sprechen wir es doch gleich offener an, als es angesprochen wurde, nämlich irgendetwas zwischen Abbruch und Totalneubau. Und um zwischen diesen zwei Extremen vorzugehen, was man da alles abklären soll, braucht es eine politische Führung. Und wenn der Lead so zu verstehen ist und ich glaube, dass alle ihn so verstehen, ist der Antrag der Freien absolut sinnvoll und unterstützungswürdig.

GR Neuweiler: Da die Stadt 100 % Eigentümer ist, nehme ich an, nimmt sie diese Aufgabe sowieso wahr. Davon gehe ich aus. Aber ein Gemeinderatspräsident hat einmal gesagt, wir erschiessen heute die Kuh halt zweimal, darum kann ich diesem Antrag zustimmen. Aber nach meinem Verständnis ist es schon so, dass der Eigentümer sagt, was er will.

GR Schulthess: Für diese Situation sitzen Mitglieder des Stadtrats im Verwaltungsrat. Daher bin ich über diesen Antrag ein bisschen überrascht. Ich erhoffe mir doch, dass die ihre Verantwortung auch bei anderen Themen wahrnehmen und als Eigentümer Einfluss auf die Entscheide im Verwaltungsrat nehmen.

GR Brändli: Ich glaube, es braucht schon noch eine Aussage von der FL, ob sie mit der Aussage von GR Andreas Hebeisen gleicher Meinung sind. GR Wolfender hat in seinem Votum mit dem Antrag gesagt, der Verwaltungsrat könne gern intensiv mitarbeiten. Das heisst, wenn er will. Daraus schliesse ich, dass die FL meint, dass die Knochenarbeit das Departement Gesellschaft macht. So hat man es ein bisschen herausgehört. Daher würde ich schon noch bitten, Klarheit zu schaffen, was ihr effektiv mit diesem Antrag meint. Seid ihr gleicher Meinung wie Kollege Hebeisen oder nicht? Gross ändern wird es so oder so nichts, ob man es so oder so macht, das hat auch Kollege Neuweiler gesagt. Die Bodensee-Arena gehört zu 100 % der Stadt. Es kommt nur darauf an, was der Stadtrat von ihnen verlangt und wie der Stadtrat dann gegenüber dem Gemeinderat kommuniziert. Dass der Verwaltungsrat nicht offen gegen aussen kommuniziert, ist auch klar. Aber das wäre dann der Auftrag des Stadtrats. Ich bitte da noch um Klärung.

GR Dahinden: Wenn Kollege Andreas Hebeisen sagt, es geht um die politische Führung, können wir das ganz klar unterstützen und unterschreiben. Letztlich ist es eine ganz einfache Sache. In der Botschaft steht unter Punkt 5 im 1. Satz "Der Verwaltungsrat der Bodensee-Arena AG übernimmt den Lead bei diesen Prüfungen und Abklärungen." Unser Vorschlag wäre zu schreiben: "Der Stadtrat übernimmt den Lead bei diesen Prüfungen und Abklärungen."

GR Rüegg: Vor etwa zehn Jahren wurde ich einmal von Marcel Wick rein informell gefragt, wie man mit der Kühlung umgehen sollte, man müsse dies dringend umstellen. Das war eigentlich nur ein Gespräch von etwa einer halben Stunde mit ein paar Unterlagen, und ich habe festgestellt, dass in dieser Bodensee-Arena offensichtlich auch beim Verwaltungsrat – und diesen Eindruck habe ich bis heute – viel zu wenig technischer Sachverstand vorhanden ist. Ich kenne Herrn Mölleneu sehr gut, er ist ein sehr guter Verkäufer, er kann sehr gute Businesspläne machen. Bis sie dann in Funktion sind, kommt es meistens ein bisschen anders heraus, insbesondere, wenn jemand wie das Fernsehen aussteigt. Aber für mich ist klar, im Verwaltungsrat hat es keine Leute, welche die Prüfung dieser Vorschläge vornehmen können. Ich bin der Meinung, eine Prüfung dieser Vorschläge muss im Beisein von Leuten aus der Stadt stattfinden, zum Beispiel Ruedi Wolfender, bei dem ich zum Beispiel beim Hörnli dasselbe feststelle, dass er aufgrund seines Backgrounds und seiner Erfahrung besser beurteilen und prüfen kann, ob die Vorschläge technischer und baulicher Natur tatsächlich standhalten. Dieses Vertrauen habe ich nicht in die Personen, welche im Verwaltungsrat sind. Deshalb soll der Lead bei der Stadt sein, aber er soll so sein, dass das personell mitgeprüft und am Schluss entschieden wird. Insofern ist das eine leichte Abweichung von dem, was GR Hebeisen gesagt hat. Ich hoffe, dass der Stadtrat das so versteht und auch so machen kann. Denn wenn nur der Verwaltungsrat die Arbeit macht, glaube ich, der Verwaltungsrat segnet ab, was ihm von extern empfohlen wird. Und die, die etwas empfehlen, wollen etwas verkaufen und etwas verdienen. Aber diese Prüfung sollte in der Stadt stattfinden.

SR Raggenbass: Die Führung oder den Lead hat wie so oft ein Stadtrat oder in diesem Fall ein Verwaltungsrat. Die fundierte Arbeit mit Fachleuten ist dann etwas Anderes. Die Arbeitsgruppe, welche bis jetzt diese Analyse und die Machbarkeitsstudie gemacht hat, waren alles Fachleute. Dort war der Lead bei der Stadt und die Vertretung der Stadt in der Arbeitsgruppe war konkret Ruedi Wolfender. Das ändert sich nicht. Ruedi Wolfender wird die Stadt weiterhin vertreten. Die Zusammenarbeit mit Nico Seiler, der auch anwesend ist, ist sehr gut. Durch die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie im letzten Jahr konnte sich das noch mehr festigen. Das bleibt unverändert. Der Lead – die Führung – einer solchen Arbeitsgruppe ist nicht so tief in der Materie drin, das ist absolut richtig. In beiden Fällen, auch beim Businessplan, wo der Stadtrat einen klaren Auftrag gibt, was er erwartet, wird die Führung vom Verwaltungsrat gemeinsam mit der Stadt passieren, zusammen mit einem externen Fachplaner. Wenn die Führung dominant bei der Stadt bleiben soll, ist das für uns ein klarer Auftrag, den wir jetzt aus diesen Voten erhalten haben, dass wir an den Verwaltungsrat den Auftrag erteilen, den Businessplan und das Betriebskonzept zu erarbeiten. Ich kann euch also beruhigen. Die Frage an euch ist die Höhe des gesamthaften Planungskredits. Wie wir ihn dann ausführen, mit dem Auftrag, den wir da jetzt mitnehmen, ist klar, dass immer unsere Fachleute auf der operativen Ebene mit einem klaren Auftrag des Stadtrats arbeiten werden. Darum ist die Fachkompetenz der Fachplaner und unserer Mitarbeitenden so oder so gegeben.

GR Pleuler: Ich möchte nicht wiederholen, was gesagt wurde. Nach den Voten, die ich jetzt gehört habe, ist für mich klar, dass man den Antrag der FL annehmen muss, sei es in der Form, wie ihn der Vizepräsident vorgeschlagen hat oder in der Form von GR Hebeisen. Es steht einfach so in der Botschaft drin, dass der Verwaltungsrat den Lead hat, und wir müssen darüber abstimmen, wenn wir das anders wollen. Aber für mich hat es in dieser Botschaft immer noch eine Unklarheit. Falls das für die anderen auch eine Unklarheit ist, könnte man das jetzt noch bereinigen. In der Botschaft heisst es auch, so habe ich es im Kopf, was eigentlich die Erwartung der Stadt ist oder was man ein Stück weit schon definiert hat, nämlich, dass es eine Mischnutzung bleiben soll. Ich habe auch aus den Fraktionsmeinungen gehört, dass man hier jetzt den Fächer noch mehr aufmachen sollte und den Auftrag zum weiteren Vorgehen dahingehend ändern sollte, dass man sagt, es werden verschiedene Nutzungskonzepte geprüft und die Kosten, die sich aus den verschiedenen Nutzungskonzepten ergeben. Sonst denke ich, ist es relativ klar, wo es hingeht, dass man nämlich, wie es in der Botschaft schon angezeigt ist, nur die Mischnutzung ins Auge fasst oder nur dieses Ziel überprüft. Das wäre eine Frage, die man sich zumindest überlegen müsste, denn sonst kommt am Schluss nach diesen Abklärungen etwas heraus, was wir vielleicht gar nicht alle so gemeint haben. Daher die Frage: Fächer auf, Fächer zu, nur Mischnutzung überprüfen? Ich denke, das müssten wir heute noch klären, damit wir darunter alle das Gleiche verstehen.

Der Ratspräsident: Ist das ein Antrag?

GR Pleuler: Ich hätte gern erst eine Antwort vom Stadtrat, ob ich die Botschaft falsch verstanden habe.

SR Raggenbass: Ich möchte an dieser Stelle für diesen doch wichtigen Hinweis danken. Was genau wird denn geprüft? Was wird im Businessplan gegenübergestellt oder was wird in Zahlen von der Nutzung her herauskommen? Nach dem Weggang des Schweizer Fernsehens, der uns sehr schnell eingeholt hat, haben wir in den vergangenen Jahren sehr genau geprüft, was in Zukunft gehen soll. Ist es Event und Sport oder kann es nur Sport sein? An die Firma, die uns da im Betriebskonzept begleitet, wäre der Auftrag klar, im Betriebskonzept und Businessplan die beiden Varianten zu klären, die am naheliegendsten sind, so wie jetzt Sport-/Event-Mischnutzung oder ob der Schwerpunkt beim Sport liegen würde. Im Zuge dieser Auslegeordnung ist zu klären, wo unsere Schwerpunkte sind mit dem, was in unserem Umfeld vorhanden ist. Da wird auch immer eine Trägerschaft und eine Betriebsform mitgeprüft. Das ist eine Prüfung, welche man vor etwa 20 Jahren bereits einmal gemacht hat. Ist es besser, dass die Stadt so einen Betrieb führt? Dort hat es sich gezeigt, dass die Event- und Sportnutzung, die damals im Vordergrund stand, durch eine Stadtverwaltung nicht sinnvoll zu führen ist. Daher ist man damals bei der AG-Form geblieben. Mittlerweile hat sich sehr viel verändert; wir haben es vorhin gehört – Raumbedingungen, Umfeld, Aussennutzungen, da hat sich einiges verändert, auch damit, wie die Stadtverwaltung mittlerweile die Betriebe führt. Es ist deshalb nicht nur sinnvoll, sondern ein Anliegen, dass man mit dieser Prüfung im Businessplan auch die Nutzung und eine Betriebsform prüfen wird, wo man

sieht, was es bedeutet, wenn man zusätzlich zur Nutzung auch die Betriebsform verändern würde. Es werden also die zwei Varianten von Sport/Event oder nur Sport geprüft und welche Betriebsform für die eine oder andere Variante mehr Sinn macht. Das wird das Ergebnis sein.

Abstimmung

Der **Antrag** der FL/G-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Rückkommen

GR Pleuler: Einfach zur Klarstellung. Mich hat die Antwort von SR Raggenbass überzeugt. Sie ist für mich ausreichend und vertrauenswürdig. Daher sehe ich keinen Grund, einen Antrag zu stellen, die Botschaft in diesem Sinn zu erweitern.

GR Brändli: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir zuerst noch auf die weiteren Beilagen in dieser Botschaft eingehen sollten, bevor es zu einer Schlussabstimmung kommt. Dies wurde auch beim vorherigen Traktandum nicht gemacht und übersprungen.

Weiterführung materielle Beratung – keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmung

Dem Kreditbegehren in Höhe von CHF 350'000.– für die vertiefte Kostenberechnung der baulichen Massnahmen (+/- 10 %) sowie die Erstellung eines Betriebskonzepts und eines Businessplans für die künftige Nutzung und den Betrieb der Bodensee-Arena wird mit dem Antrag der FL/G mit 32 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Motionen

8.1. Motion Digitaler Gemeinderat / Begründung

GR Salzmann: Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, geschätzte Kollegen – und dass mit den geschätzten Kollegen ist übrigens keine Floskel, das ist sehr, sehr ernst gemeint. Mit dieser Motion haben wir bewiesen, dass wir gemeinsam über alle Fraktionen, Parteien und sonstige Unterscheidungsmerkmale hinweg in diesem Gremium zusammenarbeiten können. Besten Dank den 29 Kollegen, welche diese Motion mitunterstützt haben. Um was geht es? Es geht eigentlich um eine Versicherung. Das ist etwas, woran man nie denken will, aber man ist froh, wenn man sie hat, wenn es darauf ankommt. Und es kommt dann darauf an, wenn wir – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr in der Lage sind, physisch gemeinsam zu tagen. Also ein Grund, an den ich gar nicht erst denken will. Dann sollte man aber in der Lage sein, online zu tagen. Diese Motion soll den rechtlichen Rahmen dazu ermöglichen. Mehr nicht. Ich hoffe, dass wir das durch diese Motion neu geschaffene Recht nie brauchen werden und dass letzten Endes diese Motion für die Katz ist.

Postulate

9. Postulat Information der Bevölkerung über Gepflogenheiten und Regelungen des täglichen Zusammenlebens in Kreuzlingen / Stellungnahme

GR Donati: Vielen Dank für die Stellungnahme zu unserem Postulat. Wir Unterzeichnende – es waren einige – aus dem Gemeinderat, aus verschiedenen Parteien, finden es wichtig, dass die Bevölkerung, das heisst nicht nur die Neuzuzüger, sondern Leute, die hier wohnen, gute Informationen haben vor allem über Ruhezeiten und das, was das Zusammenleben einfacher macht. Ein erster Schritt wurde mit der amtlichen Publikation in der Kreuzlinger Zeitung vom 2. Juli bereits gemacht. Das hat mich sehr gefreut, denn da geht es darum, der Bevölkerung die Ruhezeiten mitzuteilen und sie zu bitten, diese zu beachten. Es ist so, dass gerade Ruhezeiten viele Nachbarschaftskonflikte auslösen, vor allem aber

auch, weil die Leute es zum Teil nicht mehr wissen. Wir haben es am letzten Montag in der Fraktion, aber auch mit STP Niederberger und SR Beringer besprochen, auf der Homepage fehlt noch ein entsprechender Hinweis. Wir haben keinen gefunden. Es wäre auch wichtig, dass die Leute, die etwas nachschauen möchten, auch auf unserer Homepage sehen, was gilt. Wir danken dem Stadtrat aber jetzt schon für die Umsetzung von weiteren möglichen Massnahmen und hoffen, dass so für alle klar ist, was in Kreuzlingen geltendes Recht ist.

GR Merk: Grüezi, Grüezi mitenand, Grüezi, hallo zäme. Ich weiss gar nicht, ob es euch oder Ihnen aufgefallen ist, als ich in den Saal kam, habe ich nicht alle gegrüsst. Übrigens schon bei der letzten Sitzung nicht. Darf ich eigentlich auch einmal entscheiden, auf der Strasse jemanden nicht zu grüssen? Oder darf ich es, weil ich schon länger hier wohne, und müssen dafür die Neuzuzüger das regelmässig machen? Und ist es so, dass vor allem Neuzuzüger ihre Hecken nicht zurückschneiden? Im Vergleich zu dir Pia hat mich die amtliche Publikation in der Zeitung nicht gefreut. Und schon gar nicht im Namen des gesamten Gemeinderats. Der Stadtrat hat es in seiner Beantwortung dieses Postulats bereits aufgezeigt, die Stadt Kreuzlingen informiert die Einwohnerinnen und Einwohner auf diversen Kanälen und an verschiedenen Anlässen über die hiesigen Gepflogenheiten. Und dass man sich überlegt, wie du es gesagt hast, auf der Website alle nötigen Unterlagen an einem Ort zu zentrieren und zu sammeln, macht Sinn. Aus der Stellungnahme des Stadtrats zu diesem Postulat spüren wir in der Fraktion aber zwei Sachen. Einerseits ist der Stadtrat überzeugt, so haben wir diese Stellungnahme verstanden, dass die Stadt in diese Richtung bereits vieles macht und dass sie die Grundhaltung des Postulats teilt. Andererseits zweifelt der Stadtrat zu Recht, ob zusätzliche Inserate dann auch gelesen werden würden, ob die Empfehlung von Ruhezeiten besser eingehalten werden würden, wenn das noch mehr in der Zeitung stehen würde, und er stellt auch noch die Frage, wie es wohl bei der Bevölkerung ankommt, wenn die Stadt sie noch stärker und noch häufiger daran erinnern würde, wie sie sich zu benehmen hat. Wir wundern uns deshalb ein bisschen darüber, weshalb der Stadtrat nun doch plant, noch einen Flyer zu produzieren. Denn welche wichtigen Punkte stehen denn dort noch drauf, die nicht schon anderswo kommuniziert wurden? Die FL/G-Fraktion hat mit Werten wie Hecken- und Sträucherpflege, korrekte Abfallentsorgung und einander Grüezi sagen grundsätzlich überhaupt kein Problem. Aber gut gemeint finden wir in diesem Fall nicht gleich gut. Natürlich gibt es in Kreuzlingen Leute, die sich nicht an alle Regeln des Zusammenlebens halten und auch nicht immer rücksichtsvoll sind. Aber ändert sich das mit diesem zusätzlichen Flyer? Im Postulat war als Beispielgemeinde noch Ermatingen aufgeführt, die auf ihrer Webseite und im Postulat angehängt einen Hinweis platziert. Dort ist unter den Regeln zu den Ruhezeiten zu lesen: "Was tun bei einem Verstoss gegen die Ruhezeiten?" Und unten steht: "Meist führt ein informatives Gespräch mit dem Lärmverursacher zum nötigen Verständnis." In diesem Sinn möchten wir von der FL/G-Fraktion die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats bitten, dass gut gemeinte vorliegende Postulat abzulehnen.

GR Ricklin: Ein herzliches Grüezi mitenand an alle Anwesenden im Saal. In jeder Gesellschaft gibt es geschriebene und ungeschriebene Regeln, wie Menschen miteinander umgehen. Das gilt für das private Leben ebenso wie für die Öffentlichkeit. Umgangssprachlich reden wir meist vom guten Benehmen, das sich über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte entwickelt hat und teilweise in Gesetzen juristisch festgehalten ist, wie zum Beispiel der Lärmschutz. Gutes Benehmen heisst je nach Situation, angemessen reagieren zu können. Um das leisten zu können, müssen aber einige Voraussetzungen dazu erfüllt sein. Die Situation muss identifiziert sein, der Beobachter/die Beobachterin muss über das adäquate Wissen verfügen, wie man sich in der entsprechenden Situation verhält. Er oder sie muss in der Lage sein, dieses Wissen anwenden zu können und durch Selbstreflexion und Empathie muss der Beobachter/die Beobachterin sich und seine Umgebung einordnen können. Um das leisten zu können, ist es wichtig, die entsprechenden Regeln und Gepflogenheiten zu kennen, denn nicht immer ist es Unhöflichkeit, wenn sich jemand nicht an eine Regel hält, sondern oftmals einfach halt Unwissenheit oder inaktives Wissen, also Wissen, welches nicht im Bewusstsein ist. Neben einer positiven Atmosphäre, wodurch ein höflicher Umgang und das Einhalten von Regeln miteinander geschaffen wird, gibt es auch Sicherheit für eine Gemeinschaft oder auch für eine einzelne Person. Vor allem auch für Neuzuzüger oder Personen, die sich plötzlich in einer neuen Lebenssituation befinden. Hierbei denke ich zum Bei-

spiel an Menschen, die nach Jahrzehnten ihren geliebten Partner verlieren und plötzlich für etwas verantwortlich sind, was sie seit sehr langer Zeit gar nicht mehr gemacht haben, zum Beispiel die korrekte Entsorgung von Reststoffen. Umso erfreulicher, dass der Stadtrat sich entschlossen hat, das Anliegen des Postulats zu unterstützen, damit die Bevölkerung wiederkehrend zu verschiedenen Themen breiter informiert und sensibilisiert werden kann. Das hieraus gemäss Stadtrat kein Knigge entstehen soll, findet auch die SVP-Fraktion gut, denn die Erziehung zu Anstand und Höflichkeit ist nicht die Aufgabe der Stadt und war auch überhaupt nicht Inhalt des Postulats. Das ist irgendwie durch die Medien angekommen. Als Mitinitiantin des Postulats danke ich dem Stadtrat für die Empfehlung, das Postulat anzunehmen, damit die Informationen auf verschiedenen Kanälen intensiviert werden können und möglichst allen Einwohnerinnen und Einwohnern von Kreuzlingen regelmässig und saisonaktuell grundlegendes Wissen zu einem guten Miteinander zugänglich gemacht wird. Und noch mehr freue ich mich, wenn die Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger sich gegenseitig grüssen, wann immer sie Lust dazu haben. Ich habe mich nämlich selber schon dabei ertappt, dass es meine Laune hebt, wenn eine freundliche Person mich unverhofft grüsst. Die SVP-Fraktion wird das Postulat unterstützen. Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen Abend und später eine gute Nacht.

GR Moos: Auch von meiner Seite ein recht herzliches Grüezi mitenand. Ich empfehle, das Postulat aus ökologischen Gründen abzulehnen. Dieser Flyer ist aus meiner Sicht völlig überflüssig. All die Punkte, die wir jetzt gehört haben, gehören aus meiner Sicht eigentlich in die Smart-City-Strategie. Dort soll festgelegt werden, wie man die Bevölkerung informiert und vor allem, über welche Aspekte informiert werden soll. Ich finde eine Information bezüglich Grüezi sagen – mir fehlen die Worte –, ich finde es lachhaft.

GR R. Herzog: Ich versuche mir gerade vorzustellen, dass jemand durch die Stadt Kreuzlingen geht und eine Checkliste vor sich hat. Identifikation des Problems, aha, was muss ich jetzt als Nächstes machen, wie muss ich mich verhalten, jetzt mache ich es. So funktionieren zwischenmenschliche Beziehungen nicht. Ich bin der liberalen Grundhaltung, die Regelungsdichte tiefzuhalten und dafür im Rahmen der zwischenmenschlichen Beziehungen, wenn einem etwas nicht passt, was jemand macht, ihm oder ihr das in einem freundlichen Ton zu sagen. Ich glaube, dann funktioniert das Zusammenleben besonders gut, und nicht, wenn wir 100 Checklisten an 347 verschiedenen Orten auf der Webseite haben und noch einen schönen Flyer produzieren, der sowieso gleich im Altpapier landet, wenn er daheim eintrifft. Deshalb schliesse ich mich Kollege Moos an und werde das Postulat ablehnen.

GR Pleuler: Als Mitinitiant dieses Postulats muss ich jetzt halt doch noch etwas sagen, obwohl ich eigentlich nach der erfreulichen Antwort des Stadtrats dachte, das sei ein Selbstläufer. Ich habe es genau gleich festgestellt, wie GR Merk es gesagt hat. Nicht dass du mich nicht mehr grüsst, sondern dass auch ich nicht mehr, wie es der Brauch war, als ich als Gemeinderat anfang, bei jedem vorbeigehe, die Hand gebe und Grüezi sage und beim Hinausgehen vielleicht auch noch bei jedem vorbeigehe und die Hand gebe. Das war einer meiner prägendsten Eindrücke in diesem Rat, ich habe das sehr geschätzt. Mir ist bewusst, im Moment macht noch niemand den Schritt und gibt den anderen wieder die Hand, aber das sind Sachen, die unser Zusammenleben prägen. Es ist mir klar, das muss man nirgendwo festschreiben, das muss man auch nicht auf einen Flyer schreiben. Aber ich möchte in dieser Runde vielleicht doch festhalten, dass der Anstoss oder die Idee, dass wir dieses Postulat formuliert haben, eben genau von Leuten kam, die noch nicht lange hier wohnen, die froh wären, wenn man ihnen auf diskrete Art, aber doch irgendwo greifbar Informationen liefert, was hier üblich und Brauch ist. Ich bin, ich muss es zugeben, ein bekennender Bünzli, und ich freue mich, wenn jemand mir Grüezi sagt. Natürlich auf dem Boulevard oder sonst irgendwo ist es klar, da sage ich nicht jedem Grüezi. Aber das ist doch genau das Spezielle, wenn ich allein in den Wald spazieren gehe, wenn ich jogge oder in den Bergen bin und jemand mir entgegenkommt, sagen die meisten Grüezi. Und das ist etwas, was für die Schweiz fast ein bisschen einzigartig ist. Man kann das lächerlich finden, aber es ist das, was die Leute schätzen, die hierherkommen. Es geht weder um Zwang noch um Vorschriften oder um eine Menge Flyer, sondern es geht darum, dass man sagt und vielleicht sogar ein bisschen humorvoll verpackt, was hier in der Schweiz üblich ist oder an was sich die Leute freuen, die hier leben. Ich fände es eine gute Sache. Das gibt nämlich ein Stück Heimat und ist das, was genau die Leute, die neu hierherziehen, suchen. Und für die Leute, die bereits hier wohnen, muss man sagen, die Regeln, die man hier vielleicht einhalten sollte,

sind nicht immer angenehm, aber sie helfen, das Zusammenleben zu vereinfachen, und es verhindert sogar vielleicht den einen oder anderen Gerichtsfall. Ich bin der Meinung, es soll auf keinen Fall in der Form eines Knigge oder eines Regelwerks daherkommen, sondern auf humorvolle Art und Weise sollen diese Sachen ab und zu in Erinnerung gerufen werden. Daher würde ich mich freuen, wenn wir diesem Postulat mehrheitlich zustimmen könnten.

GR Ricklin: Ich möchte nochmals festhalten, es geht nicht darum, dass wir jetzt hineinschreiben, dass jeder jedem zu jeder Zeit Grüezi sagen muss. Das ist nicht Gegenstand des Postulats, das möchte ich hier nochmals klar und deutlich sagen. Es geht darum, dass man nicht von sich selber denken kann, ich weiss Bescheid über alles, ich weiss, wo ich die Informationen holen kann und, und, und... Es geht nicht um uns, die hier drin im Rat sitzen. Es geht um die Leute, die an uns gelangt sind, unter anderem vor allem in der Einbürgerungskommission, wo wir viel mit Neuzuzügern respektive mit Leuten zu tun haben, die hierherkommen und sich sehr bemühen, sich zu integrieren, die gern alles richtigmachen möchten und schon ab und zu in ein Fettnäpfchen getappt sind. Diese haben uns auf die Idee gebracht und gesagt: "Das habe ich nicht gewusst. Oder ich wäre froh gewesen, ich hätte diese Information gehabt." Es gibt Leute, die diese Informationen nicht von sich aus zusammensuchen, sondern sie leben einfach hier und diese sind froh, wenn die Informationen zu ihnen kommen. Das würde das Zusammenleben vereinfachen. Darum geht es, dass der Stadtrat alle möglichen Kanäle zückt, ob das noch ein Flyer ist oder nicht. Es hat auch schon gewisse Verbesserungen gegeben, zum Beispiel über die sozialen Medien. Aber einfach, dass man ein bisschen bewusst die saisonaktuellen Informationen, und solche gibt es wirklich, immer wieder streut. Es kann im Januar immer wieder dasselbe sein und im Juli auch immer dasselbe, dass man den Leuten in Erinnerung ruft, was jetzt mit den Hecken oder mit dem Schneeräumen zu tun ist. Einfach etwas Aktuelles. Das macht doch Sinn. Es geht einfach darum, dass die Kanäle besser genutzt werden und dass die Leute wirklich informiert sind und sich dadurch auch sicher sind, dass sie alles richtigmachen. Und natürlich, selbstverständlich ist es jedem erlaubt, mit seinem Nachbarn zu sprechen. Das ist nicht verboten. Man kann auch miteinander sprechen und einander aufmerksam machen. Ich habe das neulich dem Nachbarn auch gesagt. Er wollte am Sonntag-nachmittag fräsen, und ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, dass dann Ruhezeiten sind und wir es schätzen würden, wenn er dies einhalten würde. Und er hat es eingehalten. Aber offenbar hat er es nicht gewusst, dass das für uns schon noch wichtig ist. Das sind so Kleinigkeiten und das eine schliesst das andere nicht aus. Ich mache wirklich beliebt, dass Postulat anzunehmen. Dafür muss man auch nicht viel Geld in die Hand nehmen, sondern einfach die vorhandenen Kanäle regelmässiger bedienen und vielleicht auch einen Ablauf machen, wann welche Information wichtig ist.

GR Moos: Geschätzte Kollegin GR Ricklin, ich bin der Meinung, die Informationen sind wirklich alle verfügbar. Sie werden regelmässig veröffentlicht. Ich kann mich erinnern, dass zum Beispiel an die Altpapiersammlung und so weiter erinnert wird. Für mich ist der Vorstoss überflüssig. Von der EBK hätte es auch einen Anruf geben können, man solle FAQs aufschalten. Ich frage mich, für was man hier einen Vorstoss braucht. Ich finde, das Thema ist nicht so relevant für einen Vorstoss.

GR Wolfender: Für mich ist das Thema genau das, wenn man das, was ungeschrieben ist, aufschreiben möchte, passiert etwas. Wie letzten Freitag in der Kreuzlinger Zeitung, wo von Ruhezeit ab 20 Uhr gesprochen wird, obwohl diese per Gesetz ab 22 Uhr definiert ist. Das heisst, es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass bereits ab 20 Uhr Ruhezeit herrschen soll. Aber es ist nicht so. Es ist erst ab 22 Uhr. Nur für laute Baumaschinen gilt sie schon früher. Ich finde es wichtig, dass man unterscheidet, was man aufschreibt, was Gesetz ist, worauf man sich stützen kann und was ungeschrieben ist und man in einem zwischenmenschlichen Kontakt zuerst überhaupt lernen muss. Es gibt nämlich noch weitere solche Regeln in verschiedenen Kulturen, in verschiedenen Familien. Ich bin anders aufgewachsen als andere hier, und wir hatten andere Regeln, die gelten, die für mich jetzt noch gelten, die aber für euch vielleicht ganz anders gelten. Deshalb finde ich es schwierig, wenn man etwas Ungeschriebenes aufschreiben möchte.

GR Engeli: Ich kann dieses Postulat gut nachvollziehen, weil ich auch in der EBK bin. Gleichzeitig geht für mich dieses Postulat zu weit. Warum? Weil ich finde, was uns Menschen ausmacht ist, dass wir auch Fehler machen. Das geht mir mit diesem Postulat zu weit, weil dadurch vermittelt wird, es dürfen so wenig Fehler wie möglich gemacht werden. Ich glaube, wir leben in einer Zeit, wo sehr gern sehr vieles schwarz auf weiss und so oft und so gut wie möglich festgehalten wird. Mein Wunsch ist eigentlich, dass auch die Grauzonen Raum haben dürfen, wo manches so so la la ist und man auch ein Auge zu-drücken kann. Das würde mit diesem Postulat genommen.

GR Leuch: Mich dünkt, hier geraten wir heute Abend ein bisschen auf ein schwieriges Gleis. Auf der einen Seite sehen wir einen Mahnfinger, auf der anderen Seite habe ich es in der Antwort so verstanden, dass es mehr um Informationen geht. Ein wichtiges Wort, das gefallen ist, dass es nicht moralisierend, sondern humoristisch ist. Das ist ein wichtiger Aspekt. Für GR Moos kann man es auch elektronisch machen. Es heisst nicht, dass ein Flyer auf Papier sein muss. Aber manchmal sind so Darstellungen gar nicht schlecht, so können wir uns selber bei gewissen Sachen an der Nase nehmen. Ein Beispiel, wo es vielleicht in eine Richtung ginge, wo es noch wichtig wäre, dass die Leute informiert werden. Ich habe mich schon länger über einen Nachbarn genervt, der aus Asien zugewandert ist. Er macht beim Block noch ein bisschen Hauswartarbeiten. Jedes Jahr muss er einmal zur Giftspritze greifen. Gerade letzten Samstag habe ich ihn dabei erwischt und ihm gesagt: "Es ist verboten, auf Kiesplätzen und auf dem Teerplatz Gift zu versprühen, um Unkraut zu bekämpfen." Er hat sich anschliessend dafür bedankt, dass ich es ihm gesagt habe. Ich denke auch, bei solchen Sachen sind die Leute schlecht informiert. Deshalb könnte man bei gewissen Sachen die Leute darauf hinweisen, dass es schädlich ist für ihn selbst und für die Kinder, die dann auf der Wiese spielen. Die Leute sind auch schlecht informiert über Neophyten. Die Leute wissen nicht, was invasive Neophyten sind. Vielleicht muss man wieder einmal eine Ausstellung darübermachen, dass man sieht, welche Pflanzen in unseren Gärten eigentlich nicht erwünscht sind. Ich denke, das ist nicht moralisierend, sondern informativ die Leute darauf hinweisen. Auf Missstände in unseren Gärten, auf Missstände bei der Bekämpfung von Pflanzen, die uns nicht passen. Das ist ein bisschen eine andere Richtung, aber ich denke, diesen Aspekt könnte man auch berücksichtigen.

GR Salzmann: Ich stelle einen Ordnungsantrag nach Art. 25 Abs. 2 auf Beendigung der Diskussion. Ich glaube, wir haben jetzt wirklich ganz viele Sachen gehört, und ich sehe keinen Mehrwert einer weiteren Diskussion.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von GR Salzmann wird angenommen.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Der Ratspräsident: Bei Annahme des Postulats erstattet der Stadtrat gemäss Art. 47 Ziffer 6 dem Gemeinderat innert sechs Monaten schriftlich Bericht.

Verschiedenes

10. Traktandum 9: Postulat Information der Bevölkerung über Gepflogenheiten und Regelungen des täglichen Zusammenlebens in Kreuzlingen

GR Andreas Hebeisen: Ich wollte nur noch kurz begründen, weshalb ich gegen diesen Antrag war. Ich finde es irgendwie nicht üblich in Kreuzlingen, dass man einander das Wort verwehrt.

10.1 Postulat Abgaben der technischen Betriebe an das Gemeinwesen für die Nutzung von Grund und Boden im Bereich Erdgas

GR Moos: Am 8. März 2021 habe ich das Postulat Abgaben der technischen Betriebe an das Gemeinwesen für die Nutzung von Grund und Boden im Bereich Erdgas an den damaligen Gemeinderatspräsidenten übergeben, der es an den Stadtrat weiterleitete. Um was geht es in diesem Postulat? Gemäss der aktuellen Gemeindeordnung (Art. 65 Abs. 4) entrichten die Technischen Betriebe für die Nutzung von Grund und Boden eine angemessene jährliche Abgabe, die vom Gemeinderat festgelegt wird. Die Abgabe wird den Endverbrauchern und Endverbraucherinnen als Gebühr auf der Basis ihrer Netznutzung belastet. Offenbar ist bezüglich dieses Artikels nicht alles ganz klar, zumindest bezüglich der rechtlichen Grundlage, ob man es wirklich so machen kann. Ich habe Dokumente vorliegen, die diesen Artikel in Zweifel ziehen. Gleichzeitig gibt es aber Gemeinden oder Städte im Kanton Thurgau beziehungsweise Energieversorgungsunternehmen, die im Bereich Erdgas Abgaben ans Gemeinwesen abführen. Ich bin ein bisschen verwirrt, daher bitte ich den Stadtrat, ein entsprechendes Rechtsgutachten – oder wie man dem auch immer sagen will – für die Situation in Kreuzlingen hinsichtlich der Gasversorgung erarbeiten zu lassen. Aus meiner Sicht wäre eventuell auch der zuständige Rechtsdienst der kantonalen Verwaltung anzurufen, da die GO schlussendlich vom Kanton Thurgau geprüft und bewilligt worden ist. Bis zum Vorliegen des entsprechenden Gutachtens soll die weitere Bearbeitung des Postulats sistiert werden.

SR Beringer: Der Stadtrat begrüsst das Votum von GR Moos. Gespräche, die wir im Vorfeld mit GR Moos führten, haben gezeigt, dass es eine ganz komplexe Angelegenheit ist. Und ich bin froh, dass wir den konstruktiven Dialog mit GR Moos im Vorfeld führen konnten. Darum werden wir selbstverständlich so ein Rechtsgutachten erstellen lassen und es dir und dem Gemeinderat mitteilen.

10.2 Informationen betreffend der Standortentwicklung der Energie Kreuzlingen

STP Niederberger: Der Gemeinderat hat am 21. Januar 2021 eine Botschaft beraten, und zwar ging es um das Kreditbegehren von CHF 1.2 Mio. für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs für die Standortentwicklung der Energie Kreuzlingen. Der Gemeinderat stimmte bei der Schlussabstimmung dieser Botschaft respektive dem Kreditbegehren zu. Während der Diskussion kam die Frage wegen des Mowag-Areals auf. Seitens der Stadt wurde geprüft, ob diese Entwicklung auch auf dem Mowag-Areal stattfinden könnte. Dies war Bestandteil eines Rückweisungsantrags, der dann abgelehnt wurde. Ich habe dann unter Verschiedenes mitgeteilt, dass wir als Stadtrat selbstverständlich die Voten der Gemeinderatssitzung aufnehmen, die Situation nochmals anschauen und mit dem Grundbesitzer Kontakt aufnehmen und im Gemeinderat dann Bericht erstatten. Das haben wir gemacht und ich möchte kurz aufzeigen, welches seit dem 21. Januar die Schritte waren.

1. Am 8. Februar 2021 führten wir ein Gespräch mit Vertretern der HRS und der Immokanzlei, welche dort die Verwaltung macht. Von Seiten der Stadt waren Stadtschreiber Michael Stahl und ich anwesend. Das Fazit aus diesem Gespräch war, dass die Grundeigentümerin offen ist, das anzuschauen und an einer Zusammenarbeit mit der Stadt interessiert ist. Wir haben vereinbart, auf dem Mowag-Areal eine Begehung vor Ort zu machen.

2. Am 31. März fand der Besichtigungstermin auf dem Mowag-Areal statt. Von Seiten der Stadt waren folgende Abteilungen vertreten: Präsidium, Energie Kreuzlingen, Bauverwaltung und Liegenschaften. Bei einem Rundgang durch fast sämtliche Gebäude erhielten wir einen sehr guten Eindruck von der Gesamtsituation des Mowag-Areals. Fazit des Rundgangs war, dass die Gebäulichkeiten einen ähnlichen, teils sogar einen schlechteren Zustand aufweisen als die Gebäude am heutigen Standort an der Nationalstrasse. Daher ist es für eine zukunftssträchtige und langfristige Nutzung notwendig, die Gebäude abzurechen und durch Neubauten zu ersetzen. Zudem sind auf dem Areal Altlasten zu beseitigen. Einzelne Gebäude könnten mit einer aufwendigen Sanierung instand gestellt werden.

3. Wir haben die Metron Raumentwicklungs AG, welche für Energie Kreuzlingen umfangreiche Standortabklärungen und Evaluationen machte und bereits vertieft in dieser Materie Energie Kreuzlingen ist,

beauftragt, zuhanden des Stadtrats einen Kurzbericht zu erstellen, in dem unter anderem Vor- und Nachteile des Mowag-Areals aufgezeigt werden sollen.

4. Am 8. April 2021 haben wir die HRS gebeten, uns für das Gesamtareal sowie für einen Arealteil eine Offerte zu unterbreiten, um einen Kaufpreis sowie den Abbruch der Immobilien zu berechnen. Diese Offerte erhielten wir am 27. Mai 2021. Für das Gesamtareal von 25'000 m² wurde uns ein Kaufpreis von CHF 14.6 Mio. bis CHF 18.8 Mio. angeboten; je nachdem, welche Immobilien abgebrochen werden müssen und wie es mit der Altlastensituation aussieht. Für einen Teilbereich des Areals an der Unterseestrasse, der von der Grösse her vergleichbar ist mit der Sonnenwiese, haben wir ein Angebot von rund CHF 6.6 Mio. erhalten.

5. Am 18. Juni 2021 erhielten wir den Kurzbericht der Metron AG. Dieser beurteilt die Eignung dieses Standorts, die Unterbringung des Raumprogramms, die Vor- und Nachteile dieses Standorts sowie die Bau- und Landkosten.

6. Am 29. Juni 2021 führte der Stadtrat eine Diskussion, nahm den Kurzbericht zur Kenntnis und hat aus folgenden wesentlichen Gründen beschlossen, von einem Erwerb des Mowag-Areals abzusehen:

- Aus dem Kurzbericht war ersichtlich, dass das Mowag-Areal sich für ein neues Betriebsgebäude ebenfalls eignen würde. Die Investitionskosten sind etwa ähnlich wie jetzt geplant auf der Sonnenwiese. Aber die Landerwerbskosten sind wesentlich höher als bei den heutigen städtischen Grundstücken. Wir haben es vorhin gehört, je nach Abbruchvariante zwischen CHF 14.6 Mio. und über CHF 18 Mio.
- Im Richtplan 2019, der seit einem Jahr in Kraft ist und als Basis für die Ortsplanungsrevision gilt, in der wir voll stecken, ist folgender Planungsgrundsatz festgehalten: "Der Werkhof und die Stadtgärtnerei bleiben an ihrem bisherigen Standort an der Promenadenstrasse." Wenn wir diese Planungsgrundsätze nun über den Haufen werfen würden, würde dies wiederum einen mehrjährigen Prozess nach sich ziehen, was schlussendlich für Energie Kreuzlingen, die einen dringenden Bedarf haben, zu massiven Verzögerungen führen würde.
- Ein Ziel war die Bündelung der Kräfte, um Synergien gewinnen zu können. Wir sind der Meinung, dass die Bündelung und die Synergien auf dem Standort Sonnenwiese auch erreicht werden können, indem wir dort in unmittelbarer Nähe Werkhof, Stadtgärtnerei und Energie Kreuzlingen haben. Weiter sind wir der Meinung, dass die Parzelle in Seenähe auch aus langfristiger Sicht im strategischen Eigentum der Stadt bleiben muss wie zum Beispiel jetzt das Dreiecksgrundstück Promenade West, das in Ausschreibung ist, wo man auch festgelegt hat, dass dieses nicht verkauft wird, sondern dass man es im Baurecht behält, damit die Stadt langfristig die Hand darauf hat.
- Bei einem Auszug von Werkhof und Stadtgärtnerei ins Mowag-Areal würde ein sehr grosser Bestandwert der Liegenschaft vernichtet. Wenn man dann noch die höheren Landerwerbskosten dazuzählt, war das auch ein Grund, von so einem Kauf abzusehen.
- Wir sind weiterhin der Meinung, dass das Mowag-Areal ein sehr guter Standort für eine Entwicklung im privaten Gewerbebereich ist. Da hat sich schon einiges getan; einzelne Firmen haben sich da bereits eingemietet. Wir sind der Meinung, dass das ein gutes Entwicklungspotenzial hat.

Aus diesen Gründen hat der Stadtrat die Entscheidung gefällt und der Energie Kreuzlingen grünes Licht gegeben, den Prozess, sprich die Durchführung des Architekturwettbewerbs, jetzt zu starten. Den vorliegenden Kurzbericht werde ich morgen den Gemeinderatsmitgliedern per E-Mail zustellen. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, in der gemeinderätlichen Kommission Energie Kreuzlingen detailliert auf den Bericht einzugehen.

10.3 Vandalismus

GR Ricklin: Vandalen zerstören Unterstand, zünden ihn an und werfen Einzelteile ins Wasser. An den Lengwiler Weihern beschädigen Unbekannte immer wieder Feuerstellen. Am Montag fand ein Jogger den Holzunterstand des Grillplatzes zerstört und angezündet im Weiher. Diese Worte konnte man schweizweit am Morgen des 30. Juni in einer Gratiszeitschrift online lesen. Ein weiterer trauriger Höhepunkt in Sachen Littering und Vandalismus in Kreuzlingen und Umgebung. Seit Monaten versucht

der Stadtrat mit dem Zauberwort Dialog, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Daran ist grundsätzlich nichts zu bemängeln, doch ist es nicht auch endlich an der Zeit, die verschiedenen Nutzergruppen zu unterscheiden und entsprechend unterschiedlich darauf zu reagieren? Wenn man die Menschen vor Ort antrifft, kann man sich sehr gut der Methode des Dialogs bedienen. Man kann ihnen dabei die Ruhezeiten, das Müllsystem und die Vorteile der Benutzung des öffentlichen WCs erklären. Denn ein Dialog kann genau dann stattfinden, wenn ein Gespräch oder im weiteren Sinn auch ein schriftliches Gespräch zwischen zwei oder mehreren Personen – geführte Rede und Gegenrede – stattfinden kann. Am erneuten Vorfall an den Lengwiler Weihern war aber weit und breit niemand für einen Dialog da, sondern nur das Ergebnis eines sinnlosen Gewaltakts. Nicht einmal ein Aufruf in den Medien zur Möglichkeit der Wiedergutmachung oder Ähnliches konnte man lesen. Dafür den Satz "Auf eine Anzeige gegen unbekannt will der Stadtrat verzichten." Diese Täter lesen doch mit und können somit entspannt ihr nächstes Festchen planen mit Alkohol und allem Drum und Dran bis zur nächsten Eskalation. Ist das tatsächlich der richtige Weg, den Tätern über die Medien ein Signal zu geben, dass ihr massiver Vandalismus keine Konsequenzen hat bzw. die Täter sich sicher sein können, dass sie niemals zur Rechenschaft gezogen werden? Ich habe mich kundig gemacht, was die Polizei in solchen Fällen empfiehlt. In einem von der Polizei und der schweizerischen Kriminalprävention veröffentlichten Sicherheitsratgeber gibt es sogar ein eigenes Kapitel zum Thema Vandalismus. Da steht: "Vandalismus ist die blinde Zerstörungswut oder Zerstörungslust, die sich zumeist in Form von Sachbeschädigung äussert. Für Vandalismus kennt das Strafrecht keinen eigenen Straftatbestand. Vandalenakte können aber zahlreiche Straftatbestände des Strafgesetzbuchs erfüllen." Dann werden ein paar typische Vandalenakte aufgezählt und enden schliesslich mit dem Satz "Vandalismus ist das rechtswidrige, vorsätzliche und blindwütige Beschädigen, Verunstalten oder Zerstören von Gegenständen öffentlichen oder privaten Eigentums und erfüllt somit praktisch immer den Tatbestand der Sachbeschädigung." Weiter kann man lesen, dass der Vandalismus stetig zunimmt und nicht mehr zu übersehen ist. Es folgen einige Beispiele von Vandalismus, wie das aussehen kann. Es folgen Beispiele, was die Gründe sein können wie Langeweile und Frustration. Es folgen ein paar Beispiele, wer vor allem Vandalismus betreibt und unter welchen Einflüssen wie Drogenkonsum und Alkohol. So, und jetzt, was empfiehlt denn jetzt die Polizei, was man gegen Vandalismus tun kann? Sie schreibt: "Schauen Sie nicht weg, wenn Sie beobachten, dass jemand öffentliche Einrichtungen oder Privateigentum beschädigt. Was können Sie als Zeuge tun? Greifen Sie nie selbst ein, Gewalt gegen Sachen kann leicht auch zu Gewalt gegen Personen werden, zumal dann, wenn Alkohol im Spiel ist und wenn eine Gruppe von Tätern auftritt. Beobachten Sie das Geschehen genau und stellen Sie sich als Zeuge zur Verfügung. Melden Sie ihre Feststellungen sofort der Polizei über die Notrufnummer 117. Fotografieren Sie eventuell mit dem Handy den Schaden und – jetzt kommt das Wichtigste – erstatten Sie sofort Strafanzeige." In diesem Sinn hoffe ich, dass der Stadtrat der Empfehlung der Polizei folgt und den Vorfall zur Anzeige bringt. Und ja, ich kann mir vorstellen, dass es vielleicht sogar heisst, wenn Sie eine Anzeige machen, bringt das nichts. Wenn aber jeder und jede so denkt, egal bei welcher Tat, wozu haben wir Gesetze, Regeln und ein entsprechendes Strafrechtssystem? Dann ist das eine Kapitulation und eine Verweigerung der Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen. Auch die Möglichkeit, dass Täter und Täterinnen sich im Klaren sind, dass das nicht rechtens war und die Möglichkeit, dass Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger wissen, dass der Stadtrat alles Mögliche macht, damit das traurige Ausnahmen bleiben, weil er mit einer Anzeige entsprechende Signale aussendet und die Möglichkeit, dass die Täter im besten Fall eines Tages für den Schaden gerade stehen müssen.

Ich fasse zusammen: Es ist gut, dass der Stadtrat auf Dialog setzt. Doch ein Dialog ist ein Austausch zwischen mindestens einer und mehreren Personen und kann im konkreten Fall nicht stattfinden. Daher soll der Stadtrat alle die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, die auch Signalwirkung haben und der Empfehlung der Polizei Folge leisten und den Vandalismus zur Anzeige bringen.

10.4 Kult-X

GR Salzmann: Im Internet gibt es seit einigen Tagen einen wunderbaren und relativ langen und professionell gemachten Film, der das Kult-X vorstellt und für ein Ja bei der kommenden Volksabstimmung wirbt. Dieser Film macht finanziell gesehen einen sehr teuren Eindruck. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass nicht Steuergelder indirekt oder direkt oder über einen Verein wie auch immer zur Finanzierung von Ja oder Nein zu Volksabstimmungen verwendet werden?

SR Raggenbass: Ich weiss nicht, wo dieser Film genau läuft. Ich bitte darum, mir diesen Link zuzustellen. Ich werde prüfen, wer ihn finanziert und bezahlt hat. Im Moment wüsste ich nicht, dass es ein bewusster Auftrag war. Grundsätzlich überprüfen wir alle Vereine, die von der Stadt Geld erhalten. Da erhalten wir Abrechnungen und dort sehen wir, was bezahlt wurde. Wenn so etwas wäre, würde man das auf jeden Fall nicht zulassen.

10.5 Stadtfest

GR Ribezzi: Ich möchte mir erlauben, zwei oder drei Anmerkungen zu unserem bevorstehenden Stadtfest zu machen. In der Zeitung konnte man über die Gedanken lesen, die sich das OK macht und wir alle wissen, wie viel Arbeit dahintersteckt. Ich hoffe aber, dass bei der einen oder anderen Sache eine Änderung stattfindet. Ich bin selbst erschrocken, mir wurde aber auch zugetragen, dass die halbe Million, wenn die Zahl stimmt, die die Stadt für das Stadtfest sponsert, nicht von allen sehr wohlwollend aufgefasst wird. Das ist Punkt 1. Weiter stand in der Zeitung die Aussage, früher hätte man an der Hauptstrasse so ein Fest machen können, jetzt sei der Boulevard zugebaut. Ich glaube, wir haben vor der TKB extra einen grossen Platz gemacht, damit man solche Events auf dem Boulevard machen kann. Und das Dritte passt zum Hafenplatz. Man trägt das Bier nicht nach München, man schaufelt den Sand nicht in die Sahara und man trägt das Wasser auch nicht den Rhein hinunter. Wenn das Wasser für Kreuzlingen so wichtig ist, könnte man das Fest am See unten machen statt eine 140 Meter lange Wasserrutschbahn und es dort hinunterfliessen zu lassen. Vielleicht kann man noch einmal darüber nachdenken.

Der Ratspräsident: Liebe Gäste, liebe Medien wir kommen jetzt zu Traktandum 6, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt wird. Darum bitte ich Sie, den Saal jetzt zu verlassen. Danke vielmals, dass ihr gekommen seid. Ich wünsche euch schöne Sommerferien.

Sitzungsende öffentlicher Teil: 21.15 Uhr

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler